

Die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung in Nürnberg 1848

**Unterrichtsprojekt für die 8. Jahrgangsstufe in Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv
Nürnberg**

Vorgelegt von OStRin Dr. Petronilla Ehrenpreis, Hans-Sachs-Gymnasium Nürnberg

Inhaltsverzeichnis

A. Vorbemerkungen

- 1. Überlegungen zur Themenwahl S. 3
- 2. Lehrplanbezug und Projektziele S. 4

B. Die deutsche Revolution 1848/49 S. 4-6

C. Das Unterrichtsprojekt

- 1. Relevante Archivbestände S. 6-7
- 2. Vorbereitung im Unterricht S. 7
- 3. Planung und Durchführung des Archivbesuchs S. 7-8
- 4. Auswertung der Akten
 - 4.1. Einstieg: Das königliche Manifest vom 14. April 1848 S. 8-9
 - 4.2. Themenkomplex I: Das Wahlgesetz und dessen Durchführung S. 9-12
 - 4.3. Themenkomplex II: Die Stimmungslage in Nürnberg am Vorabend der Wahl (März/April 1848) und die Protagonisten auf der politischen Bühne: Dr. Eisenmann versus Dr. Lunckenbein S. 12-17
 - 4.4. Themenkomplex III: Bilanz: Ergebnis und Wahlvorgang in der Rückschau S. 17-20

D. Abschließende Bemerkungen S. 21

Anhang: Dokumente 1-21
Transkriptionen

A. Vorbemerkungen

1. Überlegungen zur Themenwahl

Jüngeren Schülerinnen und Schülern der Mittelstufe, mitunter auch Schülern der Oberstufe, fällt es schwer, Vorgänge, die noch keinen oder nur geringen Bezug zu ihrer Lebenswirklichkeit aufweisen, nachzuvollziehen. Zu solchen für Jugendliche abstrakten, schwer fassbaren Vorgängen gehören auch „Wahlen“, von denen die noch nicht wahlberechtigten Schüler während bundesdeutscher Wahlkämpfe zwar hören, deren Bedeutung sie aber in den allermeisten Fällen nicht in der Lage sind einzuschätzen. Im Gegensatz zur geringen Relevanz für den Alltag der jungen Schülerinnen und Schüler kommt „Wahlen“ und ihren Ergebnissen in der Geschichte – und im Geschichtsunterricht – eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Was die Wahl zur Nationalversammlung 1848 betrifft, teilte der zeitgenössische Kandidat der Konstitutionellen Dr. Eisenmann diese Einschätzung und stellte seiner potentiellen Wählerschaft gegenüber fest, die Wahl sei „der wichtigste Akt, der je in der deutschen Geschichte vorgekommen“, denn er „entscheidet auf Jahrhunderte, ja vielleicht auf Jahrtausende das Schicksal von Teutschland“¹; in der Tat war bei vielen liberalen Zeitgenossen Mitte des 19. Jahrhunderts der Glaube an die Durchsetzungs- und Gestaltungskraft des Parlaments tief verankert und der Wahlakt selbst fand Beachtung; so waren beispielsweise die Kriterien der Wahlberechtigung und der Wahlakt selbst nicht unumstritten und fanden „Wahlkämpfe“ statt, zu deren Repertoire auch die Verunglimpfung des politischen Gegners gehörte.

Im Geschichtsunterricht der 6. und 7. Jahrgangsstufe lernen die Schülerinnen und Schüler bereits diverse Formen der Herrschaftsbestellung kennen, z.B. die gewaltsame Form der Machtergreifung (griechische Tyrannis) das Losverfahren (attische Demokratie unter Perikles) oder die dynastische Erbfolge. In Jahrgangsstufe 8 werden sie immer wieder mit „Wahlen“ als typischem Modus der Herrschaftsbestellung in der Moderne konfrontiert: So ist im Kontext der deutschen Revolution von 1848/49 von der Wahl zur Frankfurter Nationalversammlung die Rede, bei der Durchnahme des Kaiserreichs wird in verschiedenen Zusammenhängen – meist ergebnisorientiert – auf die Ergebnisse der Reichstagswahlen zurückgegriffen, zudem steht die Wahl zur Nationalversammlung in Weimar im Januar 1919, bei der erstmals Frauen wahlberechtigt waren, auf dem Unterrichtsprogramm.

In der Unterrichtspraxis – und in den Schulbüchern – ist es Usus den Wahlakt kurz zu erwähnen und dessen Ergebnis und Wirkung thematisch in den Vordergrund zu stellen. In den Folgejahren, insbesondere in Jahrgangsstufe 10, in der das Fach Sozialkunde den Fächerkanon bereichert, sind die Vorkenntnisse der Schüler über Wahlen, seien es Wahltermini, Funktionen von Wahlen in demokratischen Staaten oder Wahlverfahren meist desolat. Das vorliegende Unterrichtsprojekt versucht daher am lokalen Beispiel der Wahl zur Nationalversammlung in Nürnberg den abstrakten Wahlvorgang anschaulich zu machen und wichtige, auf Wahlen bezogene Kenntnisse im Sinne des nachhaltigen Lernens zu verankern. Zudem sollen die Schüler am lokalen Beispiel in anschaulicher Weise für die Mitte des 19. Jahrhunderts typische Formen der politischen Beteiligung und politische Positionen kennen lernen und zeittypische Defizite bei der Durchführung der Wahl erkennen.

¹ So Eisenmann in seinem „Bericht des Dr. Eisenmann an seine Wähler in Nürnberg und Bayreuth“, zit. nach Ludwig Brunner, Politische Bewegungen in Nürnberg 1848/49, Heidelberg 1907, S. 47.

2. Lehrplanbezug und Projektziele

Der neue Lehrplan für das Fach Geschichte (G 8) stellt eingangs fest: „Sie (die Jugendlichen) lernen Ansätze zur Ausbildung demokratischer Strukturen sowie Hemmnisse und Rückschläge auf diesem Weg kennen. Dies erlaubt ihnen, die historischen Grundlagen freiheitlich-demokratischer Wertvorstellungen in ihrem Gegensatz zu Obrigkeitsdenken, Nationalismus und politischem Extremismus zu erfassen.“ Kap. 8.1 des Lehrplans: „Europa im Zeitalter der Revolutionen“ sieht die Durchnahme der „**Revolution von 1848/49 unter Berücksichtigung der Vorgänge in Bayern**“ vor.

Das vorliegende Unterrichtsprojekt eignet sich insbesondere als **exemplarische Vertiefung** zum Thema „Revolution von 1848/49 (vgl. Lehrplan Kap. 8.5: Thema: Erlebnis Geschichte: Archivstudien zur Lokalgeschichte) oder als **jahrgangsstufenbezogene exemplarische Vertiefung** (vgl. Lehrplan Kap. 8.6.: Thema: Bayern und die Demokratie).

Das vorliegende Unterrichtsprojekt verfolgt das Ziel,

- die Schülerinnen und Schüler mit dem „Lernort Archiv“ vertraut zu machen.
- mittels entdeckendem Lernen die Schülerinnen und Schüler an eine abstrakte und für die Altersstufe schwierige Materie heranzuführen.
- den Schülerinnen und Schülern die Wahl zur deutschen Nationalversammlung als einen der essentiellen Akte demokratischer Willensbildung in der deutschen Revolution von 1848/49 begreiflich zu machen.
- die mit Wahlen einhergehende Fachterminologie zu festigen und nachhaltig zu sichern, um diese bei der Durchnahme anderer historischer Wahlvorgänge (preußisches Dreiklassenwahlrecht, Wahlen zur Nationalversammlung in Weimar 1919 etc.) wieder reaktivieren zu können.
- anhand eines lokalen Beispiels die Atmosphäre und Stimmung des Jahres 1848 einzufangen und den Wahlakt anschaulich und nachvollziehbar zu machen.
- aufzuzeigen, welcher Artikulationsformen sich die politischen Bestrebungen des 19. Jahrhunderts bedienten.
- die liberale und demokratische Programmatik des 19. Jahrhunderts zu thematisieren.
- Defizite und Unzulänglichkeiten der Wahl zur Nationalversammlung aufzugreifen und dadurch zu verdeutlichen, dass Demokratisierung Prozesscharakter hat und es langer Lernvorgänge zu ihrer Durchsetzung bedarf.

B. Die deutsche Revolution 1848/49

Die revolutionären Umbrüche der Jahre 1848/49 bildeten den Abschluss einer Epoche tiefgreifender Umwälzungen, zu deren Höhepunkten die Französische Revolution von 1789 und die Revolutionen von 1830 zählten.

Die historische Bedeutung der Jahre 1848/49 ist unumstritten. Sie waren „Teil eines gemeineuropäischen Wandlungsprozesses“², in dessen Mittelpunkt „... der Übergang von der Agrar- zur Industriewirtschaft“ gleichermaßen stand wie „... Mobilisierung, politische Emanzipation und Teilhabe, Parlamentarisierung, wachsende bürokratische Staatstätigkeit, die Aufspaltung der Gesellschaft in politische Parteien und antagonistische

² Wolfram Siemann, Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt a.M. 1985, S. 15.

Interessenverbände“.³ Das Scheitern der Revolution wird heute als „...Teil eines nicht umkehrbaren Modernisierungsprozesses verständlich, der bis in die heutige Gegenwart reicht.“⁴

Die Jahre 1848/49 schnitten tief in das europäische Ordnungsgefüge ein. Seit dem Wiener Kongress 1815 war die politische und gesellschaftliche Ordnung Europas nicht so erschüttert worden wie Mitte des 19. Jahrhunderts. Es gab ein Mehr an politisch aktiver Bevölkerung, die Zielsetzungen waren dezidierter und mannigfaltiger geworden. Zudem erfassten die Revolutionen der Jahre 1848/49 nicht mehr lediglich einzelne Staaten, sondern den größten Teil des europäischen Kontinents, freilich ohne einen einheitlichen gesamteuropäischen Revolutionsverlauf hervorzubringen.⁵ Drei zentrale Zielsetzungen harrten einer Lösung: „Staatenbildung nach dem Nationalitätenprinzip, Demokratisierung des politischen Herrschaftssystems und Neuordnung der Sozialverfassung“⁶, die in den einzelnen Staaten den Revolutionsverlauf unterschiedlich beeinflussten.

Über die europäische Ebene hinausgehend spielte sich das revolutionäre Geschehen auf nationaler Ebene ab. Im Gegensatz zu Frankreich, das den Nationalstaat schon verwirklicht hatte, stand in Deutschland die Lösung der nationalen Frage noch an; es entstand dort eine eigenständige nationale Handlungsebene.

Schließlich setzte sich die Revolution in den Einzelstaaten durch. Dort gelang es dem liberalen Bürgertum, in den Märzministerien an die Macht zu kommen und seine Forderungen zu verwirklichen. Zu den politischen Forderungen gesellte sich überdies die soziale Frage. Das revolutionäre Geschehen spielte sich auf einer ganzen Reihe von Schauplätzen ab. Die Einzelereignisse hatten jeweils ihr eigenes Gewicht, standen aber in einem Wirkungszusammenhang.⁷

Ohne Zweifel erfasste die Revolution von 1848/49 die Massen. Sie erreichte die Bevölkerung „bis in kleinste Dorfgemeinden und das flache Land;“⁸ die großen Städte waren ohnehin Schauplätze der Revolution.

Auch nach Nürnberg kam die Kunde von der Revolution in Paris. Unter dem Datum 1. März 1848 schrieb der Verfasser der Nürnberger Stadtchronik: „Bei uns ist Westwind der vorherrschende; wenn nur keine ansteckende Seuche bei uns ausbricht; eine Prädisposition scheint dazu vorhanden zu sein.“⁹ Allerdings hielt er die Franzosen ebenso wenig reif für die Einführung der Republik wie die Deutschen, erstere weil sie zu leichtsinnig, zweitere weil sie faule Wirtshausbrüder seien.¹⁰

Der Tag, an dem das Vorparlament zusammentrat, wurde gefeiert mit schwarzrotgoldenen Fahnen, deutschen Kokarden und einer „Sängerschar der Turner“, die „unter Posaunenschall“ frühmorgens von der Burg herab: „Freiheit, die ich meine“ sang.¹¹ Die Nürnberger Bürger hatten den liberalen Arzt Dr. Eisenmann¹² zum Vorparlament nach Frankfurt entsandt.

³ Siemann, ebd.

⁴ Ebd., S. 15 f.

⁵ Vgl. Dieter Langewiesche, Europa zwischen Restauration und Revolution 1815-1849, München 1985 (=Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 13), S. 71.

⁶ Ebd.

⁷ Vgl. Helmut Berding, Die deutsche Revolution von 1848/49, Quellen zur Geschichte und Politik, hg. von Peter Alter und Erhard Rumpf, Stuttgart 1985, Einführung, S. 2.

⁸ Wolfram Siemann, Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt/Main 1985, S. 17.

⁹ Zit. Nach Ludwig Brunner, Politische Bewegungen in Nürnberg 1848/49, Heidelberg 1907, S. 34.

¹⁰ Vgl. ebd.

¹¹ Vgl. Brunner, S. 44 f.

¹² Zum Werdegang Eisenmanns siehe: Eisenmann, Johann Gottfried. Politiker und Arzt (1795-1867), in: Lebensläufe aus Franken, hg. von Anton Chroust, 4. Bd., Würzburg, 1930, S. 116-133.

Am 11. März hielt Eisenmann, von Frankfurt zurückgekehrt, in der Nürnberger Ägidienkirche eine Rede über die Ergebnisse der Verhandlungen in Frankfurt und die Majorität der dortigen konstitutionell-monarchischen Partei, für die er selbst einstand, und warnte vor der Republik, die zu Anarchie und Bürgerkrieg führe.¹³ Obwohl Demonstrationen seitens der Republikaner sowie der Geistlichkeit wegen der Verwendung der Kirche zu weltlichen Zwecken befürchtet worden waren, nahm die Versammlung einen guten Verlauf; Eisenmann war es gelungen, sowohl die Zuhörer als auch den Magistrat für sich zu gewinnen, der ihm einige Tage zuvor das Ehrenbürgerrecht verliehen hatte. Er galt hinfort als unbestrittener Kandidat der liberalen Nürnberger Bürgerschaft zur Nationalversammlung. Wenige Tage vor der Wahl erhielt Eisenmann Konkurrenz: Am 12. April 1848 hatte Gustav Dietzel, ehemaliger Redakteur des „Korrespondenten“ den „Politischen Verein“ gegründet, der rasch Anhänger, insbesondere unter den Handwerkern und Gesellen fand. Unter der Losung „Alles für das Volk, alles durch das Volk“ trat der Verein für Volkssouveränität ein und sah seine Aufgabe in der „Aufklärung des Volkes über die neugewonnenen Rechte in demokratischem Sinne.“¹⁴ In einer Versammlung vor 300 Zuschauern sprach sich Dietzel gegen Eisenmann aus, der dem „Politischen Verein“ als „zu monarchisch“ galt. Als Gegenkandidat wurde Dr. Lunckenbein aufgestellt, kein geborener Nürnberger, aber seit 1846 am Nürnberger Krankenhaus tätig. Lunckenbeins Programm enthielt neben den bekannten demokratischen Forderungen auch die Forderung nach Schulunterricht aus Staatsmitteln und nach Auswanderungsfreiheit.

In Nürnberg hatte sich in den Tagen der ersten Versammlungen ein Komitee gebildet, das eine „Wahlliste“ im Eisenmannschen Sinne vorgelegt hatte. Aus dieser Liste strich der „Politische Verein“ nun viele Namen und setzte andere, dem „Politischen Verein“ willkommene Kandidaten dafür ein, so dass „das demokratische Element der Kleinbürger“¹⁵ überwog. Viele der aus der ursprünglichen Komiteeliste übernommenen Bürger opponierten nun öffentlich gegen dieses Vorgehen und sprachen sich als Gegner des „Politischen Vereins“ und seines Kandidaten aus. Dr. Lunckenbeins Aussichten auf eine erfolgreiche Kandidatur waren hiermit drastisch gesunken. Wenig später wurde Dr. Eisenmann einstimmig zum Abgeordneten Nürnbergs zur Frankfurter Nationalversammlung gewählt. Eisenmann war jedoch in sechs fränkischen Wahlkreisen gewählt worden und nahm das Mandat für seine Heimatstadt Würzburg an. Als Ersatzmann rückte in Nürnberg der Jurist Dr. Krafft nach.

C. Das Unterrichtsprojekt

1. Relevante Archivbestände

Folgende Bestände des Staatsarchivs Nürnberg liegen dem Unterrichtsprojekt zugrunde:

- StAN, Bezirksamt N, Abg. Stadtkommissariat Nürnberg, Nr. 10: Wahl der bayerischen Abgeordneten zur allgemeinen deutschen Volksvertretung
- StAN, Bezirksamt N, Abg. Stadtkommissariat Nürnberg, Nr. 30, Nr. 34
- StAN, Regierung von Mittelfranken, Kammer des Innern, Abg. 1968, Tit. II, Nr. 121
- StAN, Regierung von Mittelfranken, Kammer des Innern, Abg. 1968, Tit. II, Nr. 153
- Aus der Amtsbücherei des Staatsarchivs Nürnberg: Gesetzesblatt für das Königreich Bayern, Nr. 1, München, den 17.4.1848, hierin: Gesetz, die Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde betreffend

¹³ Zu den Vorgängen in Nürnberg siehe Brunner, S. 44 ff.

¹⁴ Brunner, S. 51.

¹⁵ Ebd., S. 53.

- Aus der Amtsbücherei des Staatsarchivs Nürnberg: Intelligenz-Blatt für Mittelfranken, Nr. 30 ½, Ansbach, Montag, den 17. April 1848, darin: „Manifest“ vom 14.4.1848

Zur Genese und Funktion des „Stadtkommissariats Nürnberg“ siehe den Artikel von G. Friedrich im Stadtlexikon Nürnberg: Das Stadtkommissariat Nürnberg war nach der Wiedereinführung einer partiellen kommunalen Selbstverwaltung infolge des bayerischen Gemeindeedikts von 1818 als staatliche Unterbehörde zur Kontrolle des Magistrats eingerichtet worden. Dem Stadtkommissariat oblagen insbesondere das Pressewesen sowie Angelegenheiten der Sicherheits-, Fremden- und Sanitätspolizei. Im Jahre 1872 wurde das Stadtkommissariat aufgehoben.¹⁶

Für den Themenkomplex III wurden folgende Zeitungen herangezogen:

- „Der Korrespondent von und für Deutschland“, 29.4.1848, Nr. 120, S. 1 f.
- „Mittelfränkische Zeitung“, Nürnberg, 1. Mai 1848, Nr. 122, S. 1
- „Mittelfränkische Zeitung“, Nürnberg, 2. Mai 1848, Nr. 123, S. 1
- „Mittelfränkische Zeitung“, Nürnberg, 3. Mai 1848, Nr. 124, S. 2
- „Nürnberger Kurier“, 13.4.1848, S. 2

Die herangezogenen Zeitungen gehören nicht zum Bestand des Staatsarchivs, sondern wurden im Stadtarchiv Nürnberg auf Mikrofilm eingesehen. Sie werden auch in der Stadtbibliothek Nürnberg aufbewahrt. Sie sind in der schriftlichen Projektfassung, die auch im Staatsarchiv Nürnberg deponiert ist, einsehbar.

2. Vorbereitung im Unterricht

In den Vorstunden sollten die wesentlichen Ereignisse 1815 - März 1848 behandelt worden sein. Insbesondere der Vormarsch der liberalen und nationalen Bewegung in der Zeit des „Vormärz“ bis zur Wahl der Nationalversammlung sollte den Schülern bekannt sein, konkret:

- die Julirevolution in Frankreich 1830 als Beginn einer Welle revolutionärer Ereignisse in Europa
- das Hambacher Fest 1832 und die Antwort der „Reaktion“
- die Februarrevolution in Frankreich 1848 und ihre Signalwirkung
- März 1848: Revolutionen in Wien, Berlin und München

Die dem Archivbesuch unmittelbar vorangehende Stunde sollte das Frankfurter Vorparlament, das sich die Aufgabe gestellt hatte, Wahlen für eine deutsche Nationalversammlung vorzubereiten, thematisieren.

3. Planung und Durchführung des Archivbesuchs

Zur Durchführung des Unterrichtsprojekts bedarf es einer rechtzeitigen Kontaktaufnahme mit dem Staatsarchiv, um die Termin- und Arbeitsplatzfrage zu koordinieren. Auch eine Führung durch das Magazin, welche die Schüler mit dem Aufbewahrungsort der Akten, die sie gleich

¹⁶ Vgl. Gunther Friedrich, Artikel: Stadtkommissariat, in: Stadtlexikon Nürnberg, hg. von Michael Diefenbacher und Rudolf Endres, Nürnberg 1999, S. 1021.

bearbeiten werden, vertraut macht, ist möglich, muss aber im Hinblick auf den abzusprechenden Termin rechtzeitig vereinbart werden.

Da im Staatsarchiv Nürnberg Schulklassen, die im allgemeinen Lesesaal des Archivs ja nicht arbeiten können, der sehr geräumige „Sitzungssaal“ zur Verfügung gestellt wird, ist auch ein Besuch mit größeren Klassen möglich.

Ca. eine Woche vorher sollten die benötigten Akten bestellt werden.

Das Projekt beinhaltet drei Themensequenzen. Es ist so angelegt, dass nicht alle Sequenzen bearbeitet werden müssen. Mit leistungsstarken Klassen kann das Gesamtprojekt inklusive des ersten, eher abstrakten Themenkomplexes durchgeführt werden.

Plant eine Lehrkraft alle drei Themenkomplexe des Projekts inklusive Führung, so ist ein ganzer Unterrichtsvormittag, z.B. ein Projekttag, zur Durchführung erforderlich.

Es besteht aber auch die Möglichkeit bei leistungsschwächeren Klassen die zwei ersten Themensequenzen zu wählen oder – bei Zeitknappheit – lediglich eine der beiden ersten Themensequenzen herauszugreifen und die Bilanz (Themenkomplex III) anhand von Kopien im Zuge der Nachbereitung des Archivbesuchs im Klassenzimmer zu besprechen. Die erforderliche Arbeitszeit im Archiv verkürzt sich in diesem Fall auf ca. 3 Unterrichtsstunden bei zwei Sequenzen und auf ca. 2 Unterrichtsstunden bei einer Sequenz. Wird zusätzlich eine Führung im Magazin des Archivs gewünscht, ist eine weitere halbe Stunde einzuplanen.

Es empfiehlt sich, die Schülerinnen und Schüler für die Erarbeitung der Themenkomplexe I und II in zwei Gruppen zu teilen, die das Material wiederum in Kleingruppen bearbeiten können.

Gerade Schülerinnen und Schüler der 8. Jahrgangsstufe müssen besonders deutlich auf den Unikatcharakter der Archivalien hingewiesen werden, der die Einhaltung besonderer Benutzungsregeln erforderlich macht:

Es dürfen nur Bleistifte verwendet werden, die Reihenfolge der Archivalien eines Faszikels darf nicht verändert werden, Akten sind nicht als Schreibunterlage zu benutzen und sorgsames Umblättern der Akten ist ein Muss.

4. Auswertung der Akten

4.1. Einstieg: Das königliche Manifest vom 14. April 1848

(Quelle: Königlich Bayerisches Intelligenz-Blatt für Mittelfranken, Nr. 30 ½, Ansbach, Montag den 17. April 1848, S. 213 f.: „Manifest“ vom 14.4.1848) (vgl. Dokument 1)

Mit dem Appell : „Bayern! An Euch ergeht unter allen deutschen Stämmen zuerst der Ruf, aus Eurer Mitte, aus der des ganzen Volkes die Abgeordneten zu wählen zur deutschen Nationalversammlung. Seyd stolz darauf und erkennt die Größe Eurer Aufgabe!“ begann der königliche Aufruf, der die Eintracht Deutschlands beschwor, damit es „nach Innen und Aussen gekräftigt, die ihm gebührende, Achtung gebietende Stellung ... unter den Staaten Europas (einnehme), zum mächtigen Schutze seiner Freunde, zur Abwehr seiner Feinde.“

Die Schüler sollten dem Text entnehmen, dass Maximilian den Zusammenhalt von Fürst und Volk beschwört („Lasset uns zusammenhalten in guten wie in bösen Tagen“) und die nationale Einigung als gemeinsame Aufgabe von Fürsten und Völkern benennt. Alleingänge des Volkes im nationalen Einigungsprozess zulasten der herrschenden Fürsten waren unerwünscht.

Zum anderen können die Schüler dem königlichen Aufruf entnehmen, dass Maximilian trotz der Erkenntnis, „dass wir mit Deutschland stehen und fallen“ dezidiert an das alte bayerische Stammesbewusstsein appellierte: „Darum vergesst auch nicht, daß wir Bayern sind! Ueber ein Jahrtausend zählt unsere Geschichte. Bayern wollen wir seyn und bleiben. ... Kinder und Kindeskindern werden auch auf uns einst stolz und zufrieden zurückblicken, wenn wir unsere Aufgabe gelöst, Bayern und Deutsche zu seyn.“

Keinesfalls zwingend (!), aber vielleicht einen Versuch wert: Schüler sehr leistungsstarker Klassen können in diesem Zusammenhang bereits ansatzweise nachdenken über die Schwierigkeit der Identitätsfindung bei Einigungsprozessen (vgl. z.B. „nationale Identität“ und „europäische Identität“ im europäischen Einigungsprozess).

4.2. Themenkomplex I: Das Wahlgesetz und dessen Umsetzung

a) *Das „Gesetz, die Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde betreffend“*

(Quelle: Gesetz-Blatt für das Königreich Bayern, Nr. 1, München, den 17. April 1848, darin: „Gesetz, die Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde betreffend“, S. 1-8) (vgl. Dokument 2).

Rechtliche Grundlage der Wahl zur Nationalversammlung bildete das „Gesetz, die Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde betreffend“ vom 15. April 1848, das am 17. April 1848 im „Gesetz-Blatt für das Königreich Bayern“ Nr. 1 veröffentlicht wurde.

Da von Schülerinnen und Schülern der 8. Jahrgangsstufe die mit Wahlvorgängen verbundene Begrifflichkeit nicht vorausgesetzt werden kann, wird zunächst auf die Wahlterminologie eingegangen und werden Termini wie Urwähler, Wahlmänner, Abgeordnete, Wahlbezirke, aktives und passives Wahlrecht oder absolute Stimmenmehrheit, die im Folgenden immer wieder auftauchen, erläutert. Die Schülerinnen und Schüler halten die Definitionen auf einem Blatt fest und können bei der Quellenanalyse darauf zurückgreifen.

Den 18 Artikeln des Wahlgesetzes entnehmen die Schülerinnen und Schüler die Aspekte, die für das Verständnis des Wahlvorgangs entscheidend sind und notieren die Ergebnisse stichpunktartig.

Relevant sind insbesondere

- Art. 3, der zwei Wahlvorgänge vorschreibt, zum einen die Wahl von Wahlmännern (durch die Urwähler), zum anderen die Wahl der Abgeordneten (durch die Wahlmänner).
- Art. 4, der festschreibt, dass sämtliche Wahlmänner eines Bezirks einen Abgeordneten und zwei Ersatzmänner in drei gesonderten Wahlakten wählen.
- Art. 5, der die aktive Wahlfähigkeit demjenigen volljährigen bayerischen Staatsangehörigen zuweist, der dem Staat eine direkte Steuer entrichtet, nicht straffällig geworden war (mit Ausnahme politischer Delikte) und die passive Wahlfähigkeit für volljährige, nicht straffällig gewordene deutsche Staatsangehörige vorsieht.
- Art. 6, der die Bildung spezieller Wahlbezirke für beide Wahlvorgänge vorschreibt.
- Art. 7, der die Bildung von Urwahlbezirken durch die Distrikts-Polizeibehörden und die Normen der Bezirksfestlegung (gleiche Anzahl von Bewohnern, Beachtung der

Grenzen der politischen Gemeinden, Möglichkeit der Zusammenlegung kleinerer Gemeinden) vorschreibt.

- Art. 8, der festschreibt, dass das Staatsministerium des Innern Wahlbezirke zur Vornahme der Abgeordnetenwahlen bildet (pro Abgeordneter ein Wahlbezirk).
- Art. 9, der vorschreibt, dass jeder in dem Wahlbezirk, in dem er wohnt, wahlberechtigt ist und festlegt, dass die Wahl der Abgeordneten an keinen Wahlbezirk gebunden ist.
- Art. 11, der festlegt, dass die Wähler Wahlzettel unterzeichnen und die Gewählten die absolute Stimmenmehrheit auf sich zu vereinigen haben.
- Art. 14, der festlegt, dass die Wahl an den von der Regierung zu bestimmenden Tagen erfolgt.
- Art. 15, der festlegt, dass die Regierung die Wahlkommissäre bestimmt.
- Art. 16, der bestimmt, dass die Wähler und Wahlmänner einen Ausschuss von 7 Mitgliedern aus ihrer Mitte ernennen, der nach Art. 17 alle Wahlreklamationen ad hoc mit Stimmenmehrheit ohne Berufungsmöglichkeit bescheidet.

a) *die Umsetzung des Wahlgesetzes*

In der Folge beschäftigen sich die Schülerinnen und Schüler mit der Realisierung des Wahlgesetzes.

- *Die Instruktionen des Ministeriums des Innern*

(Quelle: StAN, Bezirksamt N, Abg. Stadtkommissariat Nürnberg, Nr. 10, Instruktionen des Ministeriums des Innern, München, den 14. April 1848, Abschrift) (vgl. Dokument 3 und 4)

Die Schülerinnen und Schüler erhalten nun den Auftrag, die Zahl der Abgeordneten zunächst für das Königreich Bayern, dann für den Regierungsbezirk Mittelfranken zu ermitteln.

Den „instructiven Vorschriften“ des Ministeriums des Inneren (Ausführungsbestimmungen für die königliche Regierung von Mittelfranken) können die Schülerinnen und Schüler folgende Informationen entnehmen:

Art. 1: Die Festlegung der Zahl der Abgeordneten für das **Königreich Bayern** auf **insgesamt 71 Abgeordnete**.

Art. 2: Die Festlegung der Zahl von **8 Abgeordneten für den Regierungsbezirk Mittelfranken**, die Zahl von **8 Wahlbezirken** (pro Abgeordneter ein Wahlbezirk) sowie der Auftrag an die Kammer des Innern Wahlorte festzusetzen und einen Wahlkommissär für jeden Wahlbezirk zu bestimmen.

Ferner sind die Art. 3 und 22 relevant:

Art. 3: Die Bildung von Urwahlbezirken durch die Distrikts-Polizeibehörden.

Art. 22: Der dezidierte Hinweis auf den Wunsch des Königs, dass die Freiheit der Urwähler und Wahlmänner von Seiten der Behörden sowie seitens der ernannten Wahlkommissäre in keiner Weise beeinträchtigt werde: „Es soll eine durchaus freie Wahl aus persönlicher Ueberzeugung der Berechtigten stattfinden, u. deshalb auch eine freie Besprechung oder Verabredung der Wähler unter sich wie mit Männern ihres Vertrauens über den vorzunehmenden Wahlakt Seitens der Behörden und Leiter des Wahlgeschehens durchaus nicht gehindert werden.“

Eine Transkription der ganzen Quelle ist nicht vonnöten. Den relevanten Artikeln 1 und 2 können die Schülerinnen und Schüler auch ohne den ganzen Text zu lesen die Zahl der Abgeordneten bzw. der Wahlbezirke entnehmen. Lediglich die kurze Passage aus Art. 22 (siehe oben), die den Grundsatz der freien Wahl betont, sollte vorgegeben werden,

wenngleich experimentierfreudige Schüler selbstverständlich versuchen können, den Originaltext zu entziffern.

- „Verzeichnis der zur Vornahme der Wahlen der bayerischen Abgeordneten zur allgemeinen teutschen Volksvertretung gebildeten acht Wahl-Bezirke“

(Quelle: StAN, Bezirksamt Nürnberg, Abg. Stadtkommissariat Nürnberg, Nr. 10)
(vgl. Dokument 5)

Dem gut lesbaren Verzeichnis können die Schülerinnen und Schüler die vorgesehenen acht Wahlbezirke entnehmen. Sie ermitteln als zweiten Wahlbezirk die „Stadt Nürnberg und das Landgericht Altdorf“ mit insgesamt 66540 Seelen, zudem den für den zweiten Wahlbezirk vorgesehenen Wahlkommissär (Regierungsrat von Roethlein) und den Wahlort Nürnberg.

- „Verzeichnis der aus den 62 Distrikten der Stadtgemeinde Nürnberg gebildeten Urwahl-Bezirke zur Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem teutschen Bunde“, 1848

(Quelle: StAN, Bezirksamt Nürnberg, Abg. Stadtkommissariat Nürnberg, Nr. 10)
(vgl. Dokument 6)

Das oben genannte, ebenfalls gut lesbare Verzeichnis, enthält eine detaillierte Auflistung der aus den 62 Distrikten der Stadtgemeinde Nürnberg gebildeten 23 Urwahlbezirke. Für jeden dieser Urwahlbezirke, nach Sebalder und Lorenzer Seite unterteilt, finden sich dort Angaben über:

- die Gemeindebezirke, die dem jeweiligen Urwahlbezirk zugeordnet sind, samt Namen des Distriktvorstehers,
- die jeweiligen Hausnummern,
- die Seelenzahl der Einzeldistrikte,
- die Zahl der pro Urwahlbezirk zu wählenden Wahlmänner, nämlich 4,
- die „Wahllokalität“,
- Tag und Stunde der Wahl,
- Name und Beruf des jeweiligen Wahlkommissärs.

Die Schüler werden auf Entdeckungsreise geschickt und halten so viele Details wie möglich fest. Sie versuchen Schicht und Beruf der Wahlkommissäre (hohe Zahl von Kaufleuten und Gewerbetreibenden) zu ermitteln und gehen der Frage nach, welche Orte 1848 als Wahllokale bevorzugt wurden (Schulen, großer Rathaussaal, vor allem aber Gaststätten).

Zudem wird den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben, die „Wahllokalität“ des zweiten Urwahlbezirks, den bekannten „Bayerischen Hof“ (früher: „Zum Bitterholz“)¹⁷ auf einer Karte Nürnbergs zu lokalisieren.

Die Karte liegt folgendem, im Lesesaal des Staatsarchivs stets greifbarem Band bei: Wegweiser für Fremde in Nürnberg oder topographische Beschreibung der Reichsstadt Nürnberg nach ihren Plätzen, Märkten, Gässchen, Höfen, geist- und weltlichen öffentlichen Gebäuden, hg. von Christian Nopitsch, Nürnberg 1801, Nachdruck.

Das spätere Hotel „Zum Bayerischen Hof“ lag am nördlichen Pegnitzufer unmittelbar an der unteren Karlsbrücke. Der Gasthof war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eines der renommiertesten Häuser der Stadt, er diente auch den Wittelsbachern bei ihren Aufenthalten in Nürnberg als Unterkunft.¹⁸

¹⁷ Zur Geschichte des Bayerischen Hofes siehe: Jochen Haeusler, Die illustren Gäste des „Bayerischen Hofes“ 1818-1881, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg, 2004, Bd. 91, S. 223-266.

¹⁸ Vgl. Haeusler, S. 224 ff.

- „*Bekanntmachung. (Die Vornahme der Wahlen der bayerischen Abgeordneten zur allgemeinen deutschen Volksvertretung betr.) Vom Magistrat der K.B. Stadt Nürnberg*“, 20. April 1848, Dr. Binder

(Quelle: StAN, Bezirksamt Nürnberg, Abg. Stadtkommissariat Nürnberg, Nr. 10) (vgl. Dokument 7)

Fünf Tage vor den Urwahlen informierte der 1. Bürgermeister Nürnbergs mittels öffentlicher Bekanntmachung die Nürnberger Bürger über den Ablauf der Wahl.

Eine Schülergruppe versetzt sich in die Lage der damaligen Wähler und fasst die wichtigsten Informationen über die Wahl zusammen.

4.3. Themenkomplex II: Die Stimmungslage in Nürnberg am Vorabend der Wahl (März/April 1848) und die Protagonisten auf der politischen Bühne: Dr. Eisenmann versus Dr. Lunckenbein

Jenseits der wahlrechtlichen Gegebenheiten sollen die Schülerinnen und Schüler nun Einsicht gewinnen in die Stimmungslage und die Aktionsformen politischer Meinungs- und Willensbildung in der Stadt Nürnberg im Frühjahr 1848. Darüber hinaus lernen sie die politischen Protagonisten Nürnbergs kennen, die um die Gunst der Nürnberger Wähler warben.

Hierzu wurden fünf Schreiben (vom 27. März 1848 bis zum 25. April 1848) aus der umfangreichen Korrespondenz zwischen dem Regierungspräsidium von Mittelfranken und dem k. Stadtkommissariat Nürnberg ausgewählt. Die Schülerinnen und Schüler erhalten zur Auswertung Transkriptionen (vgl. Anhang).

1) Präsidium der k. Regierung von Mittelfranken, Freiherr von Welden, an das k. Stadtkommissariat Nürnberg, Ansbach, den 27. März 1848

(Bestand: StAN, Bezirksamt Nürnberg, Abg. Stadtkommissariat Nürnberg, Nr. 30)
(vgl. Dokument 8)

In diesem Schreiben erteilt der Regierungspräsident Freiherr von Welden dem Nürnberger Stadtkommissariat eine massive Rüge. Der Vorwurf lautet, „immer erst durch die Zeitungen von dem unterrichtet zu werden, was in Nürnberg vor sich geht, und für die Regierung von Interesse ist.“ Insbesondere gelte das von den noch immer stattfindenden Bürgerversammlungen. Freiherr von Welden nennt explizit die Bürgerversammlung am 25. März 1848 in Nürnberg, in der Dr. Eisenmann als Vertreter der Stadt Nürnberg bei der Frankfurter Vorversammlung gewählt worden war. Welden fordert zuletzt, dass der k. Stadtkommissär an jeder Versammlung teilnehme und unverzüglich über Inhalt und Ergebnis Bericht erstatte.

Aus dem Schreiben lässt sich entnehmen, dass

- a) die Regierung von Mittelfranken die politische Entwicklung – ungewiss ob ihres Ausgangs - mit Anspannung verfolgte und daher in jedem Fall rechtzeitig über die Entwicklung informiert sein wollte, um möglicherweise gezielt gegensteuern zu können.

- b) Bürgerversammlungen Mitte des 19. Jahrhunderts zu den zentralen politischen Aktionsformen zählten.
- c) einer der politischen Protagonisten der Revolution 1848 in Nürnberg ein Dr. Eisenmann war, den die Nürnberger Bürger als Vertreter zum Frankfurter Vorparlament schickten.
- d) auch Zeitungen gute Quellen sind, aus denen sich relevante Informationen zum Geschehen 1848/49 entnehmen lassen.

Leitfragen für die Auswertung:

- Welchen Vorwurf erhebt der Regierungspräsident von Mittelfranken gegenüber dem Stadtkommissariat?
- Aus welchem Grund ist es für die Regierung so wichtig, rechtzeitig informiert zu sein?
- In welcher Form organisierten sich die potentiellen Nürnberger Wähler?
- Welcher Politiker wird namentlich genannt und welche Funktion hatte er inne?
- Welche weitere Quelle, aus der Informationen über das Geschehen der damaligen Zeit zu entnehmen sind, wird im Text genannt?
- Welche Rückschlüsse für die Arbeit eines Historikers kannst du daraus ableiten?

2) *Bericht des k. Stadtkommissariats Nürnberg an das königliche Regierungspräsidium von Mittelfranken, Nürnberg 4. April 1848*

(Bestand: StAN, Regierung von Mittelfranken, Kammer des Innern, Abg. 1968, Tit. II, Nr. 121) (vgl. Dokument 9)

Dem Bericht des Stadtkommissariats ist zu entnehmen, dass die Behörde die Volksstimmung zwar nicht als bedrohlich („ohne Exzesse“) einstufte, wohl aber mit Sorge verfolgte, da – wie es in dem Schreiben heißt – „die Aufregung doch fortgesetzt“ bestehe. Es gebe zwar eine große Zahl gut gesinnter Bürger, die sich aus Furcht jedoch noch nicht „gegen die herrschende Stimmung, gegen den Skandal“ erkläre. Von Unruhe und Lärm in den Wirtshäusern und Straßen ist die Rede, was der Behörde Sorge bereite.

Auch Ursachen der Unruhe werden angesprochen: Aus stockendem Handel resultierende Arbeitslosigkeit gerade der Kleingewerbetreibenden und wirtschaftliche Not führe bei instabilen Menschen zu unbotmäßigem Verhalten. Zudem finden Maßnahmen zur Behebung der wirtschaftlichen Not sowie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in dem Schreiben Erwähnung: Der Magistrat und die Armenpflege seien bemüht, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und der Polizeisenat habe am Vortage (3. April) eine Aufforderung zur Ruhe erlassen.

Aus dem Schreiben wird für die Schüler nicht nur die politische, sondern auch die soziale Seite der Revolution von 1848/49 deutlich.

Leitfragen zur Auswertung:

- Wie schätzt das Stadtkommissariat Anfang April 1848 die Lage in Nürnberg ein?
- Welche Ursachen für die Unruhe in der Bevölkerung werden angesprochen?
- Wo lassen die Bürger ihrem Unmut freien Lauf?
- Welche Maßnahmen werden ergriffen, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen?

3) *Bericht des k. Regierungssekretärs Dubois an das kgl. Regierungspräsidium von Mittelfranken, Nürnberg, den 12. April 1848*

(Bestand: StAN, Regierung von Mittelfranken, Kammer des Innern, Abg. 1968, Tit. II, Nr. 121) (vgl. Dokument 10)

Dubois` Bericht versetzt die Schülerinnen und Schüler in die Lage, die zwei konträren politischen Lager auszumachen: Konstitutionelle und Republikaner. Dubois macht keinen Hehl aus seiner Hochschätzung des Exponenten der Konstitutionellen in Nürnberg, des den Schülern bereits namentlich bekannten Dr. Eisenmann. Dieser wird von Regierungsseite hofiert, einerseits seiner politischen Richtung wegen (Befürworter der konstitutionellen Monarchie), andererseits seiner Gabe wegen, beruhigend auf die Bevölkerung, auch auf die Ruhestörer, die politischen Gegner und die Besitzlosen, zu wirken. Dass die Lage nach wie vor gespannt war, geht aus Dubois` Hinweis auf die Demonstrationswilligkeit der Bevölkerung, auf die Stationierung zweier Kompanien Landwehr und auf „Konspirationen“ aus den Reihen des Linienmilitärs hervor. Von Interesse ist auch der Hinweis auf das stark gesunkene Ansehen der Behörden bei der Bevölkerung, was ebenfalls dazu beigetragen haben wird, dass die Regierung Eisenmanns Bestreben, die Nürnberger Wähler für sich zu gewinnen, wärmstens befürwortete.

Im Mittelpunkt des Berichts steht die große Rede Eisenmanns, welche dieser nach der Rückkehr aus Frankfurt in der Ägidienkirche in Nürnberg vor großem Publikum hielt. Inhalt der Rede waren die Gedankengänge seiner Broschüre „Bericht an meine Wähler in Nürnberg und Bayreuth“, die der konstitutionellen Monarchie das Wort redeten.

Leitfragen bzw. Aufgaben zur Auswertung:

- Welche zwei politischen Lager werden in dem Bericht genannt?
- Beschreibe die politische Lage in Nürnberg Mitte April 1848. Welche Anhaltspunkte hierzu kannst du Dubois` Bericht entnehmen?
- Welche Rolle spielt Eisenmann in den Überlegungen des Regierungssekretärs?

4) *Schreiben des k. Stadtkommissariats an das königl. Regierungspräsidium von Mittelfranken, Nürnberg, den 20. April 1848*

(Bestand: StAN, Regierung von Mittelfranken, Kammer des Innern, Abg. 1968, Tit. II, Nr. 121) (vgl. Dokument 11)

Wenige Tage vor der Wahl meldete das Stadtkommissariat in einem Schreiben an das Regierungspräsidium von Mittelfranken: „Die Ruhe ist in Nürnberg nicht gestört“, vielmehr sei es gelungen, die „gediegenen Bürger zum Schutz und zur Stütze des Magistrats zu vereinigen“. In jedem Distrikt hätten Bürger sich bereit erklärt, sich im Falle von Ruhestörungen beim Distriktsvorsteher zu versammeln und zum Schutz von Personen und Eigentum beizutragen. Die Regierung erhalte auf diese Weise leichter Kenntnis von unliebsamen Ruhestörern.

Zudem heißt es in dem Bericht, es gebe nach wie vor Versammlungen, sie verliefen aber störungsfrei. Das Interesse der Bevölkerung an solchen Versammlungen sei zurückgegangen, ein Teilnehmerschwund sei zu verzeichnen.

Auch in diesem Bericht wird auf die soziale Not vieler Bewohner Nürnbergs hingewiesen.

Leitfragen zur Auswertung:

- Was trug zur Aufrechterhaltung der Ruhe in Nürnberg bei?
- Was könnte dazu geführt haben, dass das Interesse der Bevölkerung an Versammlungen abnahm?

5) *Schreiben des Stadtkommissariats Nürnberg an das Regierungspräsidium von Mittelfranken, Nürnberg, den 25. April 1848*

(Bestand: StAN, Regierung von Mittelfranken, Kammer des Innern, Abg. 1968, Tit. II, Nr. 121) (vgl. Dokument 12)

Drei Tage vor der Abgeordnetenwahl kam erneut Bewegung in das noch am 20. April 1848 vom Stadtkommissariat als „ruhig“ bezeichnete Nürnberg. Eine neue Zeitschrift, „Der freie Staatsbürger“ und ein neuer Verein, der sog. „Politische Verein“ waren ins Leben gerufen worden und forderten die konstitutionelle Seite heraus. Der Bericht spricht nicht explizit von republikanischen Zielsetzungen, die Schüler können diese mit Hilfe ihrer Vorkenntnisse jedoch erschließen.

Der Bericht des Stadtkommissariats enthält die Namen der beiden neuen Protagonisten: Dr. Lunckenbein und Gustav Dietzel. Lunckenbein wird als Leiter des „Politischen Vereins“ bezeichnet, mit der Absicht, als Kandidat für die Parlamentswahl aufzutreten. Von Gustav Dietzel wird berichtet, er sei früher bei der Redaktion des „Correspondenten“ beschäftigt gewesen und redigiere die Zeitschrift „Der freie Staatsbürger“. Ohne Mühe ist dem Schreiben zu entnehmen, dass die Behörde Lunckenbeins und Dietzels Eintritt in die politische Landschaft missbilligte. Beide wurden überwacht. Dem „Politischen Verein“ schreibt der Vertreter der Behörde darüber hinaus keinen großen Einfluss zu.

Leitfragen zur Auswertung bzw. Arbeitsaufgaben:

- Welcher Verein, bzw. welche Politiker betreten kurz vor den Wahlen die politische Bühne?
- Versuche, aus der Reaktion der Behörde die Zielsetzungen dieser Politiker zu erschließen.
- Welche Erfolgsaussichten schreibt der Vertreter des Stadtkommissariats dem „Politischen Verein“ zu?

Die Protagonisten auf der politischen Bühne: Dr. Lunckenbein versus Dr. Eisenmann

Die Schüler beschäftigen sich nun genauer mit den politischen Zielsetzungen der Protagonisten Dr. Eisenmann und Dr. Lunckenbein bzw. des „Politischen Vereins“ und des Eisenmanns politische Gesinnung verkörpernden „Constitutionellen Vereins“.

Die Schülergruppe, die sich mit der Zielsetzung Lunckenbeins bzw. des „Politischen Vereins“ beschäftigt, erhält zum Einstieg eine öffentliche Kundmachung des „Politischen Vereins“, der die Wähler zur Teilnahme an einer Besprechung am 23. April 1848 im Katharinensaal aufruft (Bestand: StAN, Bezirksamt Nürnberg, Abg. Stadtkommissariat Nürnberg, Nr. 10) (vgl. Dokument 13). In einer dieser Versammlungen kurz vor der Wahl mag Lunckenbein sein politisches Bekenntnis vorgetragen haben, das er in seiner Schrift „An die Wähler in Nürnberg und Altdorf, für das deutsche Parlament“ (Bestand: StAN, Bezirksamt Nürnberg, Abg. Stadtkommissariat Nürnberg, Nr. 10) (vgl. Dokument 14) niederlegte.

Dieser Schrift entnehmen die Schüler die wesentlichen Forderungen Dr. Lunckenbeins, die dieser im Frankfurter Parlament vertreten wollte. In dem vierseitigen Text sind die

wichtigsten Forderungen im Schriftbild bereits hervorgehoben. Folgende politische und soziale Rechte sowie außenpolitische Forderungen werden genannt:

- ein allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht, gleiche politische Rechte, ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses, Gleichheit vor dem Gesetz
- Unabhängigkeit der Kirche vom Staat
- freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit
- freies Vereinigungs- und Versammlungsrecht
- Petitionsrecht
- eine freie volksvertretende Landesverfassung mit entscheidender Stimme der Volksabgeordneten in der Gesetzgebung und Besteuerung, Ministerverantwortlichkeit
- ein gerechtes Maß der Steuerpflicht nach Steuerkraft
- Gleichheit der Wehrpflicht und des Wehrrechts
- Zugang aller Bürger zu Gemeinde- und Staatsämtern
- unbedingtes Auswanderungsrecht
- Lehr- und Lernfreiheit
- Unabhängigkeit der Justiz, Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege und Schwurgerichte in Strafsachen
- Schutz der Arbeit durch Einrichtungen und Maßnahmen, die Erwerbslosen Arbeit verschaffen, Modernisierung des Gewerbe- und Fabrikwesens, Unterstützung Arbeitsunfähiger
- Schulunterricht für alle Klassen
- Anerkennung der Auswanderung als Nationalangelegenheit, Schutz der Auswanderer
- ein freies Polen
- kein fremder Herrscher auf deutschem Gebiet

Aus den „Grundsätzen“ des Politischen Vereins¹⁹ (StAN, Regierung von Mittelfranken, Kammer des Innern, Abg. 1968, Tit. II, Nr. 153) (vgl. Dok. 15) können die Schülerinnen und Schüler die Hauptintention der von Lunckenbein vertretenen politischen Richtung ermitteln, nämlich „für die politische Bildung ... auf Grundlage des demokratischen Princips“ zu wirken.

Die Schülergruppe, die sich mit der Zielsetzung des Dr. Eisenmann bzw. den Zielen des „Konstitutionellen Vereins“ auseinandersetzt, bearbeitet einen Zeitungsbericht über die Rede Eisenmanns in der Ägidienkirche am 1. April 1848, in der er seine Ziele offenlegte („Nürnberger Kurier“, 13.4.1848, S.2) (vgl. Dok. 16)

Folgende politische und soziale Ziele sowie außenpolitische Forderungen werden genannt:

- Errichtung einer konstitutionellen Monarchie
- Erleichterung des Loses der arbeitenden Klasse durch Friede, Ordnung und Gesetzlichkeit
- Selbständigkeit Polens
- Auswanderungsprojekt: Kolonisation der Donauländer

Dem „Programm des „Constitutionellen Vereins in Nürnberg“ (StAN, Bezirksamt Nürnberg, Abg. Stadtkommissariat Nürnberg, Nr. 34) (vgl. Dok. 17) entnehmen die Schülerinnen und Schüler das Ziel der politischen Freiheit innerhalb der gesetzlichen Ordnung unter einer konstitutionell-monarchischen Staatsverfassung.

¹⁹ Ausgewählt wurden die „Grundsätze des politischen Vereins in Erlangen“, da kein gut lesbares Grundsatzprogramm des Vereins für Nürnberg aktenmäßig greifbar war und die Ziele ohnehin identisch waren.

Was die politischen Grundsätze der beiden politischen Kontrahenten anbelangt, ist es nicht notwendig, dass die Schülerinnen und Schüler jede Einzelforderung nachvollziehen. Es genügt die beiden Grundrichtungen zu verdeutlichen, Dr. Eisenmanns Credo der konstitutionellen Monarchie und Dr. Lunckenbeins demokratische Ausrichtung mit starkem Einbezug sozialer Forderungen.

4.4. Themenkomplex III: Bilanz: Ergebnis und Wahlvorgang in der Rückschau

a) Ergebnis

(Quelle: „Der Korrespondent von und für Deutschland“, 29.4.1848, Nr. 120, S. 1 f.)
(vgl. Dokument 18)

Da von allgemeinem Interesse, brachten die fränkischen Zeitungen, unter ihnen „Der Korrespondent von und für Deutschland“, am Tag nach der Abgeordnetenwahl Artikel über die Ergebnisse. So veröffentlichte am Sonntag, den 29. April „Der Korrespondent von und für Deutschland“ (Nr. 120 S. 1f.) einen Korrespondentenbericht, der nicht nur das Wahlergebnis dokumentierte, sondern – nicht weniger von Interesse – auch das genaue Procedere dieser Wahl. Es hieß dort:

„Gestern Abend 6 Uhr fand im ‚Bayrischen Hofe‘ dahier eine *vorberathende Versammlung sämtlicher Wahlmänner* des 2. Wahldistrikts von Mittelfranken (Stadt und Burgfrieden Nürnberg und Landgericht Altdorf) statt. Man vereinigte sich über die Wahlkandidaten. Als Abgeordneter wurde Dr. Eisenmann allgemein designirt, nachdem derselbe seine Zustimmung zum Programm des hiesigen Volksversammlungs-Komiteé unbedingt brieflich ausgesprochen hatte. Als Ersatzmänner wurden 1) der hiesige Rechtsanwalt Herr Dr. Krafft und 2) der k. Kreis- und Stadtgerichts-Assessor Dr. Kalb vorgeschlagen, und nachdem deren Gesinnung und Würdigkeit dargelegt und die Erklärung, die etwa auf sie fallende Wahl anzunehmen, erfolgt war, angenommen.“

Die Wahl zweier Juristen als Ersatzmänner sei von den Wahlmännern, so der Bericht des „Korrespondenten“ mit dem Hinweis begründet worden, dass in Frankfurt die künftige Verfassung und die „Grundgesetzgebung der deutschen Verhältnisse“ beraten werde, daher vor allem „Männer von juristischer und staatsrechtlicher Bildung“ dorthin gesandt werden müssten. Ferner sei beschlossen worden, einen „Ausschuß der Versammlung der Wahlmänner zu ernennen, zu dem Zwecke, sich in beständiger brieflicher Verbindung mit dem Abgeordneten zu erhalten um sowohl durch ihn die wichtigen Fragen und Vorgänge in Frankfurt stets erfahren als die Wünsche und Anträge der Wähler ihm ausdrücken zu können“. Beide Ersatzmänner sollten ständige Mitglieder dieses Ausschusses sein.

Von Interesse ist auch der Hinweis auf die als erfreulich bezeichnete „wahrhaft parlamentare Haltung, die unausgesetzt in dieser Versammlung der Vertrauensmänner unseres Wahldistrikts herrschte.“

Vom Wahlakt am 28. 4. 1848 selbst berichtete die Zeitung: „Heute morgen wurde nun *der Wahlakt* selbst von dem Wahlkommissär, Hrn Regierungsrath Roethlein, im kleinen Rathssaale eröffnet, die Legitimation der Wahlmänner vorgenommen und dann zur ersten Wahl, der des Abgeordneten, geschritten, als welcher *Herr Dr. Eisenmann einstimmig erwählt wurde*. In diesem Augenblicke findet die Wahl der Ersatzmänner statt.“

Es empfiehlt sich, die Schüler, bevor sie den Zeitungsartikel mit dem Wahlergebnis und – procedere erhalten, Spekulationen über den Ausgang der Wahl anstellen zu lassen. Aus den

Stimmungsberichten des Stadtkommissariats konnte der Einfluss des Kandidaten Eisenmann in der Stadt deutlich abgelesen werden, so dass die Schüler wohl bereits den gewählten Kandidaten richtig benennen können.

Ihre Bestätigung erhalten sie dann in dem ihnen vorgelegten Zeitungsbericht.

Die Schüler sollten dem Text entnehmen, dass

- die Wahlmänner einstimmig Dr. Eisenmann designierten.
- die Wahlmänner zwei Juristen, Dr. Krafft und Dr. Kalb als Ersatzmänner designierten und dies damit begründeten, die in Frankfurt anstehende Aufgabe der Schaffung einer Verfassung erfordere Abgeordnete mit juristischer Bildung.
- die Wahlmänner Maßnahmen ergriffen, um sicherzustellen, dass Dr. Eisenmann sich in Frankfurt den Wahlmänner- und Wählerwünschen nicht entzog (briefliche Zustimmung zum Programm des vom liberalen Bürgertum dominierten Nürnberger Volksversammlungskomitees, Gründung eines Ausschusses, mit dem Eisenmann in ständigem Briefkontakt zu stehen hatte).

Lohnenswert sind in diesem Zusammenhang Überlegungen dahingehend, welche demokratischen/parlamentarischen Spielregeln der Autor des Artikels wohl unter der „wahrhaft parlamentaren Haltung“ versteht, welche die Wahlmänner seiner Sicht nach an den Tag legten.

Dr. Eisenmann wurde auch in anderen bayerischen Städten, u.a. in Würzburg und Erlangen gewählt. Er nahm die Wahl in Würzburg an und verzichtete auf sein Abgeordnetenmandat in Nürnberg zugunsten des Juristen Dr. Wilhelm Krafft, der sich der „Fraktion Landsberg“ anschloss.²⁰

b) Rückschau

Quellen: „Mittelfränkische Zeitung“, Nürnberg, 1. Mai 1848, Nr. 122, S. 1

(vgl. Dokument 19)

„Mittelfränkische Zeitung“, Nürnberg, 2. Mai 1848, Nr. 123, S. 1 (vgl. Dokument 20)

„Mittelfränkische Zeitung“, Nürnberg, 3. Mai 1848, Nr. 124, S. 2) (vgl. Dokument 21)

Ganz anders als der optimistische und positiv gehaltene Bericht des „Korrespondenten“ vermitteln andere fränkische Zeitungen, so etwa die „Mittelfränkische Zeitung“ ein Bild von den Wahlvorgängen, das Unzulänglichkeiten und Wahldefizite aufzeigt. Sie lassen vermuten, dass eine Vielzahl von Erstwählern mit diesem demokratischen Akt überfordert war.

Den Schülern ist – auszugsweise, da der Text sehr lange ist – ein kommentierender Artikel in zwei Fortsetzungsteilen über die Wahlen in Nürnberg vorzulegen, der dem Leser „... ihren wirklich *kläglichen* Verlauf nochmals vor Augen zu stellen (suchte), um aus der tiefen Demüthigung unserer Vorstellungen von unserer politischen Mündigkeit wenigstens eine Lehre für die Zukunft zu gewinnen“²¹ ... „Als nun der mit so großer Spannung erwartete Wahltag selbst kam, zeigte es sich sogleich, daß die Theilnahme an den politischen Interessen sich in Nürnberg noch ganz und gar nicht so weit verbreitet habe, wie man glaubte, so daß die große Mehrzahl der Einwohner sich nicht einmal das Bischen Zeit nehmen mochte, bei dem Wahlakte auch nur zu erscheinen. ... Der Wahlakt der Wahlmänner selbst wurde – freilich

²⁰ Vgl. Karl Obermann. Die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung im Frühjahr 1848. Die Wahlvorgänge in den Staaten des Deutschen Bundes im Spiegel zeitgenössischer Quellen, Berlin 1987, S. 189.

²¹ Mittelfränkische Zeitung, 1.5.1848, Nr. 122, S. 1.

ohne Absicht in einer Art vorgenommen, welche die rathlosen Neulinge, die hier zum ersten Mal bei einer solchen Angelegenheit erschienen, sogleich den Händen weniger überlieferte, die da thätig waren.“²²

Folgende Defizite werden in der dreiteiligen Artikelserie genannt:

Teil 1:

- Einige wenige Männer hätten sich an die Spitze der Wahlbewegung in Nürnberg gestellt und „die Fäden gezogen“.
- Eine kleine Minderheit von Bürgern habe Eisenmann „im Namen der Stadt“ in einer „improvisierten Bürgerversammlung“ als Vertreter der Stadt ins Frankfurter Vorparlament geschickt – nach Ansicht der Zeitung wohl ein „abgekartetes Spiel“.
- Die Tatsache, dass plötzlich ein eigentlich chancenloser Gegenkandidat die politische Bühne betrat, deute darauf hin, dass durch diesen Gegensatz „nur etwas Leben in die Leute gebracht werden“ sollte.
- Die Zeitung, selbst nicht republikanisch gesinnt, bedauert das schnelle Aus des „Politischen Vereins“ und seines Wahlkandidaten, da ein paar Stimmen für diesen Kandidaten „wenigstens ein Zeugniß von Selbständigkeit der Wähler“ gewesen wäre.
- Die Zeitung bedauert die Schwäche des politischen Kontrahenten Eisenmanns und hätte sich einen Gegenkandidaten mit bedeutenderem Namen gewünscht, der den „Eisenmann'schen Terrorismus“ verhindert hätte: „... wer keine Begeisterung für die Eisenmann'sche Wahl an den Tag legte, der war ein Republikaner; es war, als gäbe es in Deutschland außer Eisenmann gar keinen fähigen Menschen mehr.“

Teil 2:

Folgende Defizite werden angesprochen:

- Der „Politische Verein“, die „republikanische Partei“, sei überschätzt worden; dies habe u.a. dazu geführt, dass der Magistrat eine große Bürgerversammlung gegen den Vereinskandidaten und für Dr. Eisenmann veranstaltet habe, was eine illegale Einmischung in die Wahl darstelle.
- Die Wahlbeteiligung sei erschreckend schwach gewesen, nicht einmal die Hälfte der Berechtigten habe ihre Stimme abgegeben.
- Die meisten Urwähler hätten sich bei der Wahl der Wahlmänner am Wahltage noch kein Urteil gebildet und aus Unkenntnis spontan diejenigen gewählt, die sich beim Wahlakt hervortaten.
- Im Vorfeld der Wahl habe es geheißt, es könnten Wahlmänner aus der ganzen Stadt gewählt werden, am Wahltage selbst seien die Wähler aufgefordert worden, Wahlmänner aus dem eigenen Wahldistrikt zu wählen, da sonst keine absolute Stimmenmehrheit erreicht werden könne.
- Es sei keine Aufklärung der Wähler erfolgt, wer in ihrem Distrikt wohne und wählbar sei. Die Wähler seien im zeitlichen Abstand von mehreren Stunden eingetroffen und hätten die Männer, die am Wahltisch saßen, gewählt.
- Die Wahl der Wahlmänner sei in der Hand einiger weniger gewesen.
- Eisenmanns Ablehnung des Nürnberger Mandats sei ein Akt der Undankbarkeit gegenüber den Nürnbergern und zeuge davon, dass es Eisenmann nicht um die Belange der Nürnberger Bürger gegangen sei, sondern nur darum, ein Abgeordnetenmandat zu erringen.

Teil 3:

Der Text spricht folgende Unzulänglichkeiten an:

²² Mittelfränkische Zeitung, 2.5.1848, Nr. 123, S. 1.

- Die Wahlmänner hätten sich bei der Wahl der Ersatzmänner auf den Vorschlag eingelassen, nur Juristen zu wählen – ein erneuter Hinweis auf die Schwäche der Wählenden und die Verführungskraft einiger weniger.
- Die Ersatzmänner Dr. Kalb und Dr. Krafft hätten sich nicht positiv hervorgetan.
- Ein ausschließliches Juristenparlament sei kein Volksparlament mehr, es gehe vielmehr darum, die bisherige Alleinherrschaft der Juristen zu beseitigen.
- Die Vielzahl der zu verhandelnden Aufgaben der Frankfurter Nationalversammlung erfordere versierte Männer aus den verschiedensten Bereichen.
- Da auf dem Land ohnehin Juristen gewählt würden, hätte Nürnberg als Handels- und Gewerbestadt, wenigstens als Ersatzleute auch Vertreter aus dem Handel wählen müssen.

Auch hier geht es nicht darum, dass die Schüler jedes in dem Artikel aufscheinende Defizit einzeln benennen. Es genügt, wenn sie einige wesentliche Defizite aufzeigen, wie die geringe Wahlbeteiligung oder die Tatsache, dass viele der Erstwähler schlecht informiert, daher gänzlich verunsichert und leicht zu beeinflussen waren. Dieser letzte Themenkomplex lässt Raum für Reflexion. So bietet es sich beispielsweise an, die im Text genannten Mängel eines Juristenparlaments aufzugreifen und das Für und Wider mit den Schülerinnen und Schülern zumindest ansatzweise zu reflektieren.

D. Abschließende Bemerkungen:

Die dem Unterrichtsprojekt zugrunde liegenden Bestände „Stadtkommissariat Nürnberg“ und „Regierung von Mittelfranken, Kammer des Innern“ sind so vielfältig, dass je nach Interessenlage der Klasse viele Modifikationen möglich sind; so könnte z.B. der Wahlkampf stärker akzentuiert werden oder anhand der Akten ein genaues biographisches Profil der politischen Protagonisten Eisenmann und Lunckenbein gezeichnet werden.

Ich danke dem Staatsarchiv Nürnberg, insbesondere Herrn G. Friedrich für die große Hilfe bei der Auswahl und Erschließung der Archivalien sowie bei der Erstellung der Transkriptionen. Dem Staatsarchiv Nürnberg sei zudem gedankt für die kostenfreie Erstellung der Kopien.

Dr. Petronilla Ehrenpreis